

Neuer Imperialismus, neuer Antiamerikanismus? Lateinamerika und der Irak-Krieg

Oettler, Anika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oettler, A. (2003). *Neuer Imperialismus, neuer Antiamerikanismus? Lateinamerika und der Irak-Krieg*. (Brennpunkt Lateinamerika, 8). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444940>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 8

30. April 2003

ISSN 1437-6148

Neuer Imperialismus, neuer Antiamerikanismus? Lateinamerika und der Irak-Krieg

Anika Oettler

Am 9.4.2003 hatten US-amerikanische Truppen nach drei Kriegswochen Bagdad erobert und das irakische Regime zum Einsturz gebracht. Obwohl US-Präsident Bush das Ende des Krieges noch nicht verkündet hat und womöglich nie offiziell verkünden wird, verschwinden die Ereignisse im Mittleren Osten allmählich wieder aus dem Mittelpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit. Kein Brennpunkt zum Irak folgt mehr der Tagesschau. Ist ein Brennpunkt zu den lateinamerikanischen Reaktionen auf den US-amerikanischen Kriegskurs Schnee von gestern? Ganz im Gegenteil: auf dem diplomatischen Parkett verdichteten sich im Vorfeld des Krieges die politischen Entwicklungen, die das interamerikanische Verhältnis zu modifizieren beginnen. Der Umgang lateinamerikanischer Staaten mit dem Vorhaben und der Durchführung einer militärischen Invasion im Irak zeigt ein komplexes Bild unterschiedlicher außenpolitischer Prioritäten und die allmähliche Abwendung von den Vereinigten Staaten.

Vor dem Krieg

Noch bevor die ersten Bomben auf den Irak abgeworfen wurden, zeichnete sich ab, dass die Länder Lateinamerikas keine einheitliche Position zu den Kriegsplänen der US-Regierung vertreten würden. Als im UN-Sicherheitsrat noch erbittert über die Fortsetzung der Waffenkontrollen durch Blix und sein Inspektoren-team debattiert wurde, hatten sich in Lateinamerika bereits die beiden extremen Positionen der energischen Ablehnung einer militärischen Intervention und der uneingeschränkten Solidarität herausgebildet. Sicher schien, dass Kuba und Venezuela die erste Position vertreten würden, Kolumbien die zweite. Die offiziellen Stellungnahmen der Staatsoberhäupter der anderen Länder zeigten, dass es zwischen den

beiden extremen Positionen eine Vielzahl von Schattierungen gab und dass einmal vertretene Positionen nicht unabänderlich waren.

Die Bush-Regierung, die bis zum 17. März versuchte, im Sicherheitsrat eine zweite Irak-Resolution mit der Option militärischen Eingreifens verabschieden zu lassen, sah sich im Februar mit der Tatsache konfrontiert, dass zwei lateinamerikanische Staaten, Chile und Mexiko, die zentrale Rolle für das Zustandekommen einer zweiten Resolution spielen würden. Die USA mussten einerseits verhindern, dass eines der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates von seinem Vetorecht Gebrauch macht und andererseits die Unterstützung von insgesamt neun der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates gewinnen. Großbritannien, Spanien und Bulgarien hatten sich bereits hinter die

USA gestellt, Frankreich, Deutschland, Russland, China, Syrien und Pakistan sich hingegen für die Fortführung der Waffeninspektionen ausgesprochen. Die USA mussten also sowohl die drei afrikanischen Mitglieder des Sicherheitsrates (Angola, Guinea, Kamerun) als auch Chile und Mexiko auf ihre Seite ziehen. Und dabei trafen sie auf Widerstand.

Anfang Februar, auf einem Treffen der Mitgliedstaaten des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay) und der assoziierten Staaten Chile und Bolivien wurde der chilenischen Regierung der Rücken gestärkt. Chile hatte bekundet, den UN-Inspektoren mehr Zeit für ihre Untersuchungen geben und damit für die UNO votieren zu wollen. Im Namen des Mercosur bedankte sich auf dem Treffen am 7. Februar der Vertreter Paraguays, Frederico González, für das Angebot des chilenischen Präsidenten Ricardo Lagos, während der zweijährigen chilenischen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat ein Forum für die Koordinierung der lateinamerikanischen Interessen schaffen zu wollen. Der brasilianische Kanzler Celso Amorín erklärte, dass seine Regierung gegen den Krieg sei und dass diesbezüglich im Mercosur Übereinstimmung herrsche.

Auch Mexiko hatte seine Kriegsgegnerschaft signalisiert und wurde, wie auch die anderen unentschiedenen Sicherheitsmitglieder zu einem politischen Richtungswechsel gedrängt. Am 20. Februar berichtete die Washington Post, dass US-amerikanische Diplomaten den Druck auf unsichere Staaten wie Mexiko erhöhen würden, um sie zur Unterstützung der US-Pläne zu bewegen. Noch am selben Tag flog der spanische Präsident José María Aznar nach Mexiko, um Fox zum Richtungswechsel zu bewegen. Der mexikanische UN-Botschafter Adolfo Aguilar Zinser verwies am 21. Februar in einem Interview mit der New York Times darauf, dass Mexiko den Konsens suche und eine neutrale Position zwischen den USA und den strikten Kriegsgegnern einzunehmen gedenke. Wenig später, am Wochenende, deutete sich ein Umschwenken des Präsidenten an. Fox sandte an die mexikanische UN-Vertretung eine Note, die von politischen Beobachtern als Annäherung an die US-amerikanische Position interpretiert wurde.

Unterdessen wurde auf dem gesamten Kontinent darüber spekuliert, welche Konsequenzen die Ablehnung der US-amerikanischen Pläne nach sich ziehen würde. Die Mehrzahl

der lateinamerikanischen Staaten hatte sich wenige Wochen vor Kriegsbeginn offen hinter die deutsch-französische Position, den UN-Inspektoren mehr Zeit zu gewähren, gestellt.

Reaktionen der Zivilgesellschaft

Es zeigten sich erste Anzeichen für ein in den verschiedenen sozialen Schichten unterschiedlich artikuliertes Revival anti-amerikanischer Haltungen.

Das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre, das vom 22.-27.1. stattfand, war Wochen vor Kriegsbeginn das international meistbeachtete Forum der zivilgesellschaftlichen Kritik an der US-Regierung. Das internationale Treffen der Globalisierungsgegner war nicht nur quantitativ gewachsen (100.000 Menschen nahmen teil), auch das Spektrum inhaltlicher Positionen hatte sich ausgeweitet: ein großer Teil der Delegierten vertrat Gewerkschaften, Verbände, Kirchen und Parteien mit gemäßigten globalisierungskritischen Konzepten. In vielen der 1.700 Workshops und vor allem auf den großen Konferenzen gab es ein dominierendes Thema: den drohenden Irak-Krieg. Die Ablehnung der militärischen Intervention schrieb sich dabei in das politische Programm einer zunehmend diffusen Bewegung ein, die mit dem Protest gegen die Auswüchse der ökonomischen Globalisierung vor allem auch die Wirtschaftsmacht der USA kritisiert. In Porto Alegre wurden auch Staatspräsidenten wie Stars gefeiert. Sowohl der brasilianische Präsident Lula als auch der venezolanische Präsident Chávez traten auf und erklärten ihre Opposition zu den US-amerikanischen Kriegsplänen.

Nach der auf die verlorene Dekade der 1980er Jahre folgenden verlorenen Dekade der 1990er Jahre zeichnet sich in Lateinamerika ein politischer Umschwung ab, der sich deutlich mit den Wahlsiegen von Lula in Brasilien, Chávez in Venezuela und Gutiérrez in Ecuador zeigt. Mit diesen Männern wurden Präsidentschaftskandidaten gewählt, die mit dem Anspruch einer Überwindung neoliberaler Strategien und einer Rückbesinnung auf die soziale Verantwortung des Staates angetreten waren. Obwohl sich noch herausstellen wird, ob die Konzepte einer postneoliberalen Politik greifen können, scheint eines bereits jetzt sicher: Wichtige lateinamerikanische Staaten haben den Washington-Konsens aufgekündigt und

distanzieren sich politisch von der Weltmacht USA.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass sich die Ablehnung der US-amerikanischen Kriegspläne durch alle Schichten der Bevölkerung zog. Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes Gallup vom Januar dieses Jahres ergaben, dass die Ablehnung des Krieges in Lateinamerika besonders stark ist: unter den fünf Staaten, in denen die ablehnende Haltung am stärksten ist, befinden sich drei lateinamerikanische Staaten. Die Liste von insgesamt 41 untersuchten Staaten wird von Argentinien mit einer Ablehnungsquote von 84% angeführt.

Auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent, der insgesamt von ökonomischer Instabilität, sozialer Polarisierung und einem hohen Gewaltniveau geprägt ist, nährten die Kriegsvorbereitungen die Befürchtungen, ein Krieg im Irak werde die ökonomische und politische Krise weiter verschärfen. Andererseits wurde auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte maßgeblich auf die Vorgaben internationaler Organisationen (Weltbank etc.) und somit direkt indirekt auf die US-Regierung zurückgeführt.

Antiamerikanismus ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht nur bei den über 200 Mio. lateinamerikanischen Armen sondern auch in den ständig vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten en vogue.

Und die Eliten? In den lateinamerikanischen Eliten verbreitet sich mehr und mehr die Ansicht, dass die USA ihren Hinterhof vergessen haben und ihre kriegerischen Handlungen im Irak die ökonomische Lage auf dem lateinamerikanischen Kontinent noch weiter verschlechtern werden. Als ein Zeichen der mangelnden Beachtung Lateinamerikas wird die Tatsache gewertet, dass George W. Bush seit seinem Amtsantritt im Januar 2001 einzig El Salvador, Peru und Mexiko seine Aufwartung gemacht hat.

Gestärkt durch die öffentliche Meinung auf dem gesamten Kontinent versuchten die Präsidenten Fox und Lagos im Februar 2003, dem US-amerikanischen Druck standzuhalten.

Versuchter Stimmenkauf?

Es herrscht Einigkeit darüber, dass die politischen Kosten einer Bestechung für die US-amerikanische Regierung zu hoch gewesen wä-

ren. Es wurden im Vorfeld des Krieges weder offene Belohnungsofferten oder –forderungen noch die Drohung, Geldhähne zuzudrehen, formuliert.

Dennoch lässt sich der Vorgang einer indirekten Scheck-Diplomatie nicht abstreiten. Die finanziellen Befürchtungen lateinamerikanischer Politiker knüpften sich dabei weniger an die US-Regierung als vielmehr an den Kongress der Vereinigten Staaten. Mexiko hegte vor allem die Befürchtung, dass der Kongress die anvisierte Erleichterung von Finanztransaktionen für illegale Einwanderer blockieren werde. Chile hingegen zeigte sich angesichts der Möglichkeit besorgt, dass der US-Kongress in den kommenden Monaten das im Dezember letzten Jahres unterzeichnete Freihandelsabkommen nicht ratifizieren könnte.

Hinter den geschlossenen Vorhängen der politischen Bühne wurde erheblicher Druck auf Mexiko und Chile ausgeübt. Die beiden Länder widerstanden, und doch ist die Nichtunterstützung einer Folgeresolution nicht mit einer kompromisslosen Anti-Kriegshaltung zu verwechseln.

Als die USA ihren Resolutionsentwurf am 17. März endgültig zurückzogen und Bush noch am selben Abend ein Ultimatum an Saddam Hussein stellte, in dem er ihn aufforderte, binnen 48 Stunden zusammen mit seinen beiden Söhnen das Land zu verlassen, war zugleich deutlich geworden, dass Mexiko seine anfängliche pazifistische Haltung beibehalten und dem öffentlichen und geheimdiplomatischen Druck der US-Regierung nicht nachgegeben hatte. Am 19. März, wenige Stunden vor Kriegsbeginn, berief Vicente Fox zwei Treffen in seinem Regierungssitz ein: eines mit den Vertretern der großen Parteien (PRI, PRD, PAN) und eines mit den Vertretern der Unternehmerverbände. Roberto Madrazo, Vorsitzender der PRI, sprach davon, dass die politischen Kräfte des Landes geschlossen hinter der Haltung des Präsidenten, im Sicherheitsrat auf die Anwendung des internationalen Rechtes zu drängen, stünden. Auch die Vertreter der Unternehmerverbände unterstützten die Politik des Präsidenten im Allgemeinen und die Planungen für eine Öffentlichkeitskampagne zur Verdeutlichung der mexikanischen Position in den USA im Besonderen.

Fox gab sich unbeeindruckt von den ökonomischen Befürchtungen und verwies darauf, dass sich die Verhandlungen um das Freihand-

delsabkommen ALCA (*Acuerdo de Libre Comercio de las Américas*) mit oder ohne Krieg schwierig gestalten würden. Politische Beobachter gingen zudem davon aus, dass Bush im Hinblick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen keine harten Sanktionen gegen Mexiko verhängen könnte: zu entscheidend seien inzwischen die Stimmen der in den USA lebenden *latinos*.

Reaktionen auf den Kriegsbeginn

Die offiziellen Reaktionen auf den Beginn der militärischen Intervention zeigten, dass es keine gemeinsame lateinamerikanische Position gab, sondern gravierende Unterschiede in den außenpolitischen Positionierungen bestanden. Mit Costa Rica, El Salvador, Honduras, Kolumbien, Nicaragua, Panama und der Dominikanischen Republik standen sieben Staaten mit unterschiedlicher strategischer Bedeutung für die USA hinter dem US-amerikanischen Kriegskurs. Die Fraktion der strikten Kriegsgegner wurde von Kuba, Venezuela und Brasilien gebildet. Alle anderen außenpolitischen Positionen ordneten sich auf einer Skala ein, die von einer „neutralen“ Haltung zu einer „beständigen“, kritischen Haltung reichte.

Die harte Hand von Fidel Castro

Unmittelbar nach dem Beginn der Invasion im Irak veranlasste Fidel Castro die härteste Repressionswelle seit mehr als 10 Jahren und ließ innerhalb weniger Tage insgesamt 78 Regimegegner verhaften. Dutzende von Menschenrechtsaktivisten, unabhängigen Journalisten und politischen Dissidenten wurden inhaftiert. Am 3. April begannen unter Ausschluss der Öffentlichkeit Schnellverfahren gegen die Inhaftierten, die der Subversion bezichtigt wurden. Bereits am 7. April wurden die ersten Urteile gefällt und langjährige Haftstrafen verhängt. Unter den prominenten Oppositionellen befanden sich der Journalist Raúl Rivero und Héctor Palacios, ein Mitinitiator des Varela-Projektes, einer von Castro ignorierten Unterschriftensammlung zur Öffnung des Landes. Ebenfalls nach der Durchführung von Schnellverfahren wurden am 11. April drei Männer hingerichtet, die wenige Tage zuvor versucht hatten, eine Personenfähre zu entführen. Am 5. April hatte Fidel Castro die Verhaftungswelle mit der „feindlichen Haltung“ der USA erklärt. Und tatsächlich war den Verhafteten vor-

geworfen worden, sich an umstürzlerischen Aktivitäten beteiligt zu haben, die vom Leiter der ständigen Vertretung der USA in Havanna, James Cason, koordiniert worden seien. Letzterer hatte seine Residenz für Dissidententreffen zur Verfügung gestellt. Was die Weltöffentlichkeit schockierte, war nicht der Straftatbestand als solcher (der zum Repertoire einer geschlossenen Gesellschaft gehört), sondern vielmehr die Tatsache, dass er gleichsam urplötzlich und drakonisch geahndet wurde. Vor dem Hintergrund, dass die Aktivitäten von Regimegegnern in den vergangenen Jahren im Großen und Ganzen toleriert worden waren, schien Castro nun die Gelegenheit nutzen zu wollen, im Schatten der Weltöffentlichkeit die oppositionellen Kräfte auszuschalten. Wie die Verabschiedung einer relativ zurückhaltenden Resolution durch die UN-Menschenrechtskommission am 19. April zeigte, war die weltpolitische Lage für die repressive Vorgehensweise Castros tatsächlich ausgesprochen günstig. Andererseits wird sich mittelfristig zeigen, ob nicht die Tatsache verschärfter staatlicher Repression den Falken in Washington einen entscheidenden Legitimationsgrund für eine wie auch immer geartete Intervention bieten wird.

Die Kriegsbefürworter

Als US-Präsident Bush am 20. März seine Truppen in den Irak einmarschieren ließ, veröffentlichte er eine Liste von mehr als 40 Staaten, die Teil einer Kriegscoalition seien. Ebenso wenig wie der Krieg jemals formal erklärt worden war, beruhte indes die Formung der Koalition auf formalen und einheitlichen Beitrittserklärungen. Die Unterstützungsleistungen der Koalitionsmitglieder reichten, so hieß es in der vom Weißen Haus publizierten Erklärung, von militärischer Partizipation, geheimdienstlicher und logistischer Unterstützung, der Gewährung von Überflugrechten und humanitärer Hilfe bis hin zum politischen Schulterchluss.

Sechs der 19 lateinamerikanischen Staaten reihten sich in die Kriegscoalition ein: Kolumbien, El Salvador, Nicaragua, Honduras, Panama und die Dominikanische Republik.

Für alle sechs Staaten galt, dass die zumindest indirekte Teilnahme am Krieg von der Durchsetzung nationaler Interessen motiviert war.

Kolumbien

Die Einreihung in die Koalition war für Kolumbien nur eine konsequente Fortführung der bisherigen Beziehungen mit den USA. Der kolumbianische Vizepräsident Francisco Santos sprach am 19. März in Italien davon, dass seine Regierung „die Globalisierung des Krieges gegen den Terror“ unterstützen werde. Präsident Álvaro Uribe ließ in einer Ansprache an das kolumbianische Volk keinen Zweifel an seinen Motiven. Kern seiner Argumentation war die Gleichsetzung des irakischen Staatsterrorismus mit dem Terrorismus durch kolumbianische bewaffnete Gruppen: überall säe der Terror Leid. Kolumbien habe die Welt um ihre Solidarität im Kampf gegen den kolumbianischen Terrorismus gebeten und müsse sich nun selbst solidarisch zeigen. Und mehr noch: „Indem Kolumbien sich an der Koalition gegen den Terrorismus beteiligt, stärkt es seine internationale Position, um Verbündete bei der Bekämpfung des internen Terrorismus zu gewinnen.“ (übers. und zit. nach *El Espectador*, 21.3.2003). Als der US-Kongress Ende März den militärischen Zusatzhaushalt bewilligt hatte, enthielt dieser auch einen Betrag von US\$ 110 Mio., der für das kolumbianische Militär vorgesehen war. Die Militärhilfe an Kolumbien war indes keine Belohnung für die Unterstützung des Invasionsvorhabens, sondern vielmehr Teil des „globalisierten“ Anti-Terror-Kampfes.

Zentralamerika

Wie auf dem ganzen Kontinent, so war auch in Zentralamerika im Vorfeld des Krieges viel über die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Feldzuges und über mögliche Sanktionen für die Ablehnung der militärischen Invasion spekuliert worden. Als in Costa Rica über die Frage der Kriegsgegnerschaft diskutiert wurde, fand zunächst eine Rückbesinnung auf die pazifistische Tradition des Landes statt, die eine neutrale Position, die weder die Mitgliedschaft in der Koalition noch eine deutliche offizielle Verurteilung der Invasion bedeutete, impliziert hätte. Doch kurz nach dem ersten Bombenhagel schwenkte der Präsident Abel Pacheco überraschend auf den Kriegskurs um und veröffentlichte eine Erklärung, in der er seiner Unterstützung der militärischen Intervention Ausdruck verlieh.

Bereits Wochen vor Kriegsbeginn hatten sich Guatemala und Belize öffentlich gegen die US-amerikanischen Kriegsvorbereitungen ausgesprochen. Wie die Regierung in Belmopan erklärte, war für Belize vor allem die Befürchtung ausschlaggebend, der Irak-Krieg werde sich ökonomisch nachteilig auswirken und vor allem den Tourismussektor beeinträchtigen. Für die Entscheidung Guatemalas, sich nicht in die Reihen der kriegsführenden Staaten einzugliedern, dürfte (neben der Tatsache, dass der amtierende Präsident Alfonso Portillo und sein Außenminister Edgar Gutiérrez ehemalige Linke sind) vor allem ein Grund ausschlaggebend gewesen sein: die große Bedeutung, die die UNO in der Innenpolitik des Landes spielt. Die öffentliche Unterstützung für Bush hätte einen Affront gegen die Vereinten Nationen bedeutet, die bis Ende 2003 die nationale Politikgestaltung überwachen wird und über die Bewertung des Friedensprozesses entscheidend auf die externen Geldzuflüsse einwirken kann.

Die Entscheidung der übrigen Staaten, sich an der Koalition zu beteiligen, war vor allem ökonomisch motiviert. Es ging die Befürchtung um, eine offene Kriegsgegnerschaft könne den Abschluss des Freihandelsabkommens gefährden.

Die zivilgesellschaftlichen Reaktionen in den Ländern waren ausgesprochen verhalten. Führende Oppositionspolitiker und Vertreter der regierungskritischen Zivilgesellschaften verurteilten den Opportunismus ihrer Präsidenten und riefen zur Teilnahme an den am 15. Februar geplanten Demonstrationen auf - es beteiligten sich einige Hundert Menschen. Für die zentralamerikanischen Gesellschaften, die sowohl auf die blutigen internen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts als auch auf Jahrzehnte der US-amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder zurückblicken, bestätigt die US-Politik die weltpolitische Regel. Vor diesem Hintergrund prägt kein wütender Protest das öffentliche Leben, sondern vielmehr eine eher verhaltene Kritik. Gioconda Belli, die bekannteste Gegenwartsliteratin Nikaraguas, verwies auf die humoristische Bewertung der nikaraguanischen Außenpolitik: Beiträge zur Kriegsführung seien, so einer der kursierenden Witze, erstens der Export von nikaraguanischem Trinkwasser in den Irak (welches sich als biologischer und chemischer Kampfstoff eigne), zweitens der Einsatz von Malaria und *Dengue*

übertragenden Moskitos und drittens die Infiltration der irakischen Regierung durch nikaraguanische Finanzberater.

Einigkeit bestand darin, dass sich in der Haltung der zentralamerikanischen Staaten nicht außenpolitische Souveränität zeige, sondern, ganz im Gegenteil, die Abhängigkeit vom großen Nachbarn. Besonders deutlich zeigte sich diese Abhängigkeit in Panama. Das Land, dessen Geschichte seit seiner Gründung vor allem die Geschichte des Panamakanals ist, bewies auch in seinen Reaktionen auf die US-amerikanischen Kriegspläne vor allem seine Funktion als Handelsweg. Panama werde, so die Regierung, den sicheren Ablauf des Schiffverkehrs gewährleisten und den Kanal vor terroristischen Anschlägen schützen.

Die Kriegsgegner – Bedauern oder Verurteilen?

Als britische und US-amerikanische Truppen in den Irak einmarschierten, änderten sich – auf den ersten Blick kaum merklich – auch die Positionen der lateinamerikanischen Staaten. Venezuela und Kuba blieben bei ihrer strikten Ablehnung des militärischen Vorgehens. Andere Länder indes gingen von einer deutlichen Ablehnung der Intervention zu einer moderateren Form der Kritik über.

In Argentinien hatte sich die Frage der Kriegsbefürwortung oder -gegnerschaft im Vorfeld der Invasion zu einem Gegenstand des Wahlkampfes entwickelt. Mit ihren Erklärungen gegen die bellizistischen Absichten der USA versuchte die argentinische Regierung unter Duhalde zugleich, den Präsidentschaftskandidaten Carlos Menem zu diskreditieren. Menem, der bereits von 1989 bis 1999 das Präsidentenamt bekleidet hatte, hatte seine pro-amerikanische Haltung bereits während des zweiten Golfkrieges 1991 unter Beweis gestellt – und dies mit der Entsendung zweier Kriegsschiffe nicht nur verbal.

Nach dem Kriegsbeginn verwies Duhalde öffentlich darauf, dass Argentinien gegen den Krieg sei und eine friedliche Lösung des Konfliktes hätte gefunden werden müssen. „Wir bitten Gott, dass [der Krieg] schnellstmöglich beendet wird und dass die Zahl der unschuldigen Opfer gering bleibt“ (übers. und zit. nach *La Nación*, 22.3.2003).

Die Tendenz, die militärische Vorgehensweise zwar zu kritisieren und zu bedauern, aber

nicht vehement zu verurteilen, zeigte sich besonders deutlich an der Position der beiden Länder, deren Stimmen im Vorfeld des Krieges für das Nichtzustandekommen einer zweiten Resolution ausschlaggebend gewesen waren. Die Kritik an den US-amerikanischen Kriegsplänen hatte sich zwar nicht in die Unterstützung des Einmarsches verwandelt, aber auch nicht zu einer vehementen Verurteilung der militärischen Entwicklungen geführt.

Auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates vom 19.3.2003, wenige Stunden vor Ablauf des US-Ultimatums an Saddam Hussein, wurde bereits über die mit dem Krieg drohende humanitäre Katastrophe diskutiert. Die Mitglieder des Sicherheitsrates drückten ihr Bedauern über die aktuellen Entwicklungen aus, und auch die UN-Botschafter aus Mexiko und Chile, Adolfo Aguilar Zinser und Gabriel Valdes, reihten sich in den Chor derjenigen ein, die den Unilateralismus der US-Regierung kritisierten. Eine scharfe Verurteilung der militärischen Intervention, die auf den Bruch des Völkerrechts hingewiesen hätte, forderte jedoch keiner der anwesenden Diplomaten.

Zugleich gerieten mehrere lateinamerikanische Diplomaten unter erheblichen Druck, vor allem der mexikanische UN-Botschafter Aguilar Zinser, der im Sicherheitsrat eine weit deutlichere Position als seine Regierung vertreten hatte. Der chilenische Präsident Lagos zog in der letzten Märzwoche seinen Botschafter in Genf Juan Enrique Vega zurück, da dieser entgegen einer präsidentialen Weisung nicht gegen die Abhaltung einer Sondersitzung der UN-Menschenrechtskommission zur humanitären Situation im Irak votiert hatte.

Die mexikanische und die chilenische Regierung hatten vor der Herausforderung gestanden, sich einen außenpolitischen Weg zwischen der Szylla einer Abstrafung durch die US-Regierung und der Charybdis einer Bestrafung durch die einheimischen Wähler zu bahnen. So vermochte es der mexikanische Präsident Fox, seine Umfragewerte wenige Monate vor den Kongresswahlen durch seine Ablehnung der US-amerikanischen Kriegspläne zu steigern. Die Tatsache, dass er nach Kriegsbeginn auf eine moderatere Haltung eingeschwenkt ist, mag auf den Wunsch zurückzuführen sein, das vor allem ökonomisch bedeutende Verhältnis zum großen Nachbarn nicht nachhaltig abzukühlen.

Eine neue Qualität der interamerikanischen Beziehungen

Lateinamerika steht auf der außenpolitischen Prioritätenliste der USA nicht oben. Oberste Priorität besitzen die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und die Destabilisierung Nordkoreas. Vor dem Hintergrund dieser weltpolitischen Konflikte, die eine permanente politische Auseinandersetzung mit Europa bedeuten, ist Lateinamerika – nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch – in den Hintergrund des strategischen Interesses getreten. Bedeutende Punkte auf der sicherheitspolitischen Agenda sind der Drogenkrieg in den Anden und der Kampf gegen Fidel Castro.

Für Michael Shifter vom *Interamerican Dialog* steht fest, dass die US-amerikanischen Interessen in Lateinamerika mehr denn je sicherheitspolitischer Natur sind. Seit den Attentaten vom 11. September traten die ökonomischen Interessen immer mehr hinter den sicherheitspolitischen zurück – eine Tendenz, die sich mit den gegenwärtigen Kriegsaktivitäten noch festigen wird.

Von 1980 bis 2001 stieg südlich des Río Grande der Anteil der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, von 120 auf 214 Mio. Menschen (43% der Bevölkerung). Dies ist für die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung das sichtbarste Ergebnis der neoliberalen Wirtschaftspolitik der vergangenen Dekaden. Diese Politik wird auf die Raffgier der einheimischen Politiker zurückgeführt und wesentlich auch auf das Wirken der USA, die die Spar- und Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank mitgestalteten und Geburtsort der Chicago School waren.

Lateinamerika steht an einem Wendepunkt, der durch die Aufkündigung des Washington-Konsens markiert wird. Die lateinamerikanischen Reaktionen auf den Krieg deuten in diesem Zusammenhang auf die verschobenen intraregionalen und interkontinentalen Kräfteverhältnisse hin. Einerseits sind mit Lula da Silva, Lucio Gutiérrez und Hugo Chávez in letzter Zeit Präsidenten angetreten, deren erklärtes Ziel es ist, gegen die Folgen neoliberaler Politik anzusteuern. In Brasilien, Ecuador und Venezuela wird sich herausstellen, wie stark die gegenläufigen Strömungen sind und wie manövrierfähig die Regierungen in der sozialen und ökonomischen Misere ihrer Länder sein können. Andererseits zeugt die Attrak-

tivität populistischer Führer, die autoritäre Politikstile und neoliberale Konzepte vertreten, davon, dass Lateinamerika an einem historischen Scheidepunkt steht, an dem das Wiedererstarken autoritärer und repressiver Systeme eine reale Gefahr darstellt.

Im März dieses Jahres hatten es die Vereinigten Staaten nicht vermocht, eine kriegslegitimierende Resolution im Sicherheitsrat durchzusetzen. Obwohl das Räderwerk der offiziellen und geheimen Diplomatie auf Hochtouren lief, blieben Chile und Mexiko bei ihrer Entscheidung, eine solche Resolution nicht zu unterstützen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Staaten des „Hinterhofes“ sich abzunabeln beginnen. Die Modifizierung des Verhältnisses der Amerikas nördlich und südlich des Rio Grande ist nicht nur der Ausdruck veränderter US-amerikanischer Prioritäten, sondern auch ein Zeichen für ein erstarkendes Selbstbewusstsein lateinamerikanischer Regierungen, die dem Land zu trotzen beginnen, von dem sie ökonomisch abhängig sind. In ihrer Haltung sehen sie sich von der öffentlichen Meinung, in der die Ablehnung des Krieges stärker als die ökonomisch motivierte Furcht zu sein scheint, gestützt.

In den strategischen Plänen, diplomatischen Taktiken und militärischen Aktionen der US-Regierung manifestieren sich die neoimperialistischen Theorien, die in den vergangenen Jahren in US-amerikanischen Think-Tanks entwickelt wurden und zunehmend Beachtung gefunden haben. Der neue Imperialismus sei, so Autoren wie Sebastian Mallaby, die einzige Möglichkeit, in zerrissenen Gesellschaften und kollabierenden Staaten Demokratie, Stabilität und Sicherheit zu schaffen.

In den lateinamerikanischen Reaktionen auf den Irak-Krieg zeigt sich das erste Aufblühen eines neuen Anti-Imperialismus, der, wie auch der Neoimperialismus selbst, nicht nur eine Neuaufgabe des Alten ist, auch wenn er von der Erinnerung an die Geschichte der interamerikanischen Beziehungen getragen wird.

„Die Vereinigten Staaten haben für die Zeit nach dem Sieg eine lange militärische Besatzung angekündigt. Ihre Generäle werden sich darum kümmern, die Demokratie im Irak herzustellen. Wird dies eine Demokratie sein, wie sie in Haiti, der Dominikanischen Republik oder in Nicaragua geherrscht hat?“ (Eduardo Galeano, *La Jornada*, 19.3.2003)

Autorennotiz: Anika Oettler, Soziologin, ist seit Mitte März 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Sie hat zum Thema „Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala“ promoviert. Regionale Schwerpunkte: Zentralamerika und Peru. Thematische Schwerpunkte: Menschenrechte, Transitionsprozesse, Zivilgesellschaft, Multikulturalität, Aufarbeitung von Vergangenheit.
E-Mail: oettler@iik.duei.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,59 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10).

BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

El nuevo escenario de (in)seguridad en América Latina ¿Amenaza para la democracia?

Klaus Bodemer (editor)

Nueva Sociedad 2003, 195 S., €20,-
ISBN 980-317-199-2

Bezug über

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de – <http://www.duei.de/iik>